

Forschungsprojekt: Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems im europäischen Vergleich

Kurzbeschreibung:

Bis weit in die 1980er Jahre galt das (west-)deutsche Parteiensystem im Vergleich zu anderen europäischen Ländern als hyperstabil. Die These von der Hyperstabilität konnte aber spätestens seit Beginn der 1990er Jahre nicht mehr aufrechterhalten werden. Nicht zuletzt ausgelöst durch die deutsche Einheit als historische Zäsur erodierte die langjährige Stabilität, die das deutsche Parteiensystem jahrzehntelang auszeichnete. Vordergründig drückt sich diese Erosion in einer weiteren Ausdifferenzierung des Parteiensystems (mit Rückwirkungen auf die Fragmentierung und Polarisierung) sowie schwieriger werdenden Mehrheitsbildungen (verstärkte Segmentierung) aus. Auch wenn gegenwärtig der Umgruppierungsprozess der Parteienlandschaft auf Bundes- und Landesebene noch nicht ganz abgeschlossen ist, scheint die Tendenz in Richtung eines Fünfparteiensystems zu weisen (wobei sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland jeweils auf Landesebene davon abweichende Konstellationen auch in Zukunft möglich und wahrscheinlich sind). Während sich auf der linken Seite des Parteienspektrums mit der Partei DIE LINKE (PDL) Schritt für Schritt eine neue Partei etablieren konnte (aufbauend auf der starken Stellung der ehemaligen PDS in Ostdeutschland), ist aufgrund einer Reihe von Faktoren (Konkurrenzsituation im rechten Spektrum, Fehlen von integrierenden und charismatischen Führungspersonen, historische Vorbelastung, mangelnde Ressourcenausstattung) die in anderen europäischen Ländern zu beobachtende Etablierung rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Parteien bisher in der Bundesrepublik ausgeblieben. Nur in Ostdeutschland ist es den rechtsextremen Parteien gelungen, sich ansatzweise im Parteiensystem zu behaupten, während ihre elektorale Unterstützung auf Bundesebene und in westdeutschen Bundesländern bisher marginal geblieben ist. Ob es in dieser Hinsicht mittelfristig zu Veränderungen kommt, lässt sich gegenwärtig schwer abschätzen.

Aber obwohl rechtsextremen Parteien in der Bundesrepublik bisher ein durchschlagender Erfolg verwehrt war, ähnelt das deutsche Parteiensystem heute in seinen Grundzügen viel stärker der „europäischen Normalität“ (bei allen Unterschieden zwischen den verschiedenen nationalen europäischen Parteiensystemen)* als dies noch vor mehr als 20 Jahren der Fall war. Nicht nur die Zunahme der Fragmentierung des deutschen Parteiensystems weist auf diese größere Affinität hin, sondern auch die Tatsache, dass die Regierungsbildungsfunktion „gestört“ ist und nicht mehr ohne weiteres nach dem Prinzip der bevorzugten Bildung einer kleinstmöglichen Regierungskoalition funktioniert.

Seit Anfang der 1990er Jahren erlebt die Bundesrepublik eine Reihe von neuen bis dahin ungewöhnlichen bzw. im Normalfall eher seltenen Koalitionsbildungen (Ampelregierungen in Brandenburg und Bremen; Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt; Große Koalitionen in Brandenburg, Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen, Bund; Dreier-Koalition aus CDU, Schill-Partei und FDP sowie Schwarz-Grün in Hamburg). Sowohl in der parteipolitischen als auch in der öffentlichen Diskussion werden darüber hinaus zukünftige Dreier-Koalitionen als wahrscheinlich angesehen oder inzwischen sogar schon praktiziert (Linkskoalition, Jamaika-Koalition, Ampelkoalition). Sieht man von der Ausnahme Sachsen-Anhalt ab, waren Minderheitsregierungen bisher eher ein Tabu-Thema in der Bundesrepublik. Die Tatsache, dass nach der Landtagswahl 2008 in Hessen auch diese Option in das parteipolitische Kalkül einbezogen wird, zeigt, dass möglicherweise auch in dieser Hinsicht von einer Aufweichungstendenz ausgegangen werden kann.

* Der Begriff „europäische Normalität“ ist in Bezug auf die Parteiensysteme der verschiedenen europäischen Länder insofern unscharf, als sich diese durch eine außerordentliche Heterogenität und jeweils historisch gewachsene Spezifika auszeichnen. Des Weiteren hängt die Ausprägung der jeweiligen Parteiensysteme nicht zuletzt erheblich von den jeweiligen politischen Systemen (Präsidialsystem, parlamentarisches System) sowie den jeweiligen Wahlsystemen ab.

Die bereits stattgefundenen und sich zukünftig abzeichnenden Tendenzen des deutschen Parteiensystems weisen also auch in Bezug auf Koalitionsbildungsprozesse in eine Richtung, die in anderen europäischen Staaten als „normal“ gilt. Im skandinavischen Raum sind Minderheitsregierungen selbstverständlich, in Österreich sind Große Koalitionen seit Jahrzehnten eher die Regel als die Ausnahme, Dreier-Koalitionen sind in Holland seit Mitte der 1990er Jahre keine Seltenheit mehr und in Tschechien regiert(e) national eine schwarz-grüne Koalition. Selbst in der konkordanzdemokratischen Schweiz mit ihren stabilen Säulen ist es durch die Wahlerfolge der SVP zu einer bis dahin nicht gekannten Polarisierung im Parteiensystem gekommen, die die eingeübten Mechanismen einer konsensualen, nach festen Regeln vollzogenen Regierungsbildung de facto außer Kraft gesetzt hat.

Insgesamt lässt sich für den europäischen Raum konstatieren, dass die zentrifugalen Kräfte in den jeweiligen Parteiensystemen zugenommen haben und zu neuen (häufig wechselnden) Regierungskoalitionen führen. Als Ursache für diese Entwicklung wird in der Forschungsliteratur u.a. die nachlassende Bindungs- und Integrationsfähigkeit der großen Volksparteien, die Erosion gewachsener Milieus sowie auf Seiten der Wähler/innen ein verstärkter Trend zur Wechselwahlbereitschaft ausgemacht. Im Rahmen des Forschungsprojekts sollen die entsprechenden Prozesse in einer Auswahl von sechs verschiedenen europäischen Ländern (Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich) genauer untersucht und mit der Entwicklung in Deutschland verglichen werden. Ein wichtiger Fokus der Untersuchung wird dabei auf der Frage liegen, inwieweit die Umbrüche in den verschiedenen europäischen Parteiensystemen sehr stark mit Denationalisierungstendenzen (Globalisierung) korrespondieren. Es werden in diesem Zusammenhang zwei Thesen aufgestellt und überprüft:

These 1: Als neue und eigenständige Konfliktlinie beeinflusst Globalisierung Veränderungen in den europäischen Parteiensystemen, weil sie alle Parteien zwingt, sich zu den ökonomischen, politischen und kulturellen Implikationen von Globalisierung zu verhalten und sich auf die jeweiligen Wählergruppen auswirkt. Diese These wird anhand der folgenden Tabelle illustriert:

Dimensionen der Globalisierung	Ökonomische Dimension	Kulturelle Dimension	Politische Dimension
Pro Globalisierung	Gewinner und Nutznießer offener deregulierter Märkte / hohes Qualifikationsniveau	Befürworter des Multikulturalismus und einer liberalen politischen Kultur	Befürworter supranationaler Institutionen und internationaler Regime
Contra Globalisierung	Verlierer von ökonomischen Globalisierungsprozessen / gering Qualifizierte / Beschäftigte in regulierten und geschützten Sektoren	Befürworter geschlossener Grenzen / Furcht vor Konkurrenzsituation im Billiglohnsektor durch Zuwanderer, Unterstützer einer autoritären politischen Kultur	Befürworter des Nationalstaats, Ablehnung internationaler Einflüsse auf die nationale Gesetzgebung, Ablehnung eines militärischen Engagements außerhalb der Bundesrepublik

These 2: Globalisierung tritt nicht einfach an die Stelle alter Konfliktlinien, sondern akzentuiert und aktualisiert diese. Dies gilt sowohl für sozioökonomische als auch für soziokulturelle Konfliktlinien.

Politisch am stärksten sind sozialdemokratische Parteien von Denationalisierungstendenzen betroffen. Ihr erfolgreiches Aktionsfeld nach dem Zweiten Weltkrieg war über Jahrzehnte der Nationalstaat, in dessen Rahmen sozialdemokratische Parteien eine Politik staatlicher Intervention und Umverteilung zugunsten der von ihr repräsentierten Wählergruppen betreiben konnten. Mit dem Verlust nationalstaatlicher Steuerungsmöglichkeiten im Zuge der Globalisierung lässt sich diese Politik aber nur noch begrenzt verwirklichen. Die notwendig gewordenen und durch Reformen in Angriff genommenen Anpassungsprozesse an die veränderten Konstellationen, die auch von sozialdemokratischen geführten

Regierungen betrieben wurden, lösen insofern zwangsläufig Enttäuschung bei Wählergruppen aus, deren Fürsprecher in der Vergangenheit sozialdemokratische Parteien waren. Das Vakuum, das im Zuge dieser Entwicklung auf dem Wählermarkt entstanden ist, füllen inzwischen „populistische Parteien“ von rechts und links aus, die bei aller ideologischen Differenz und politischen Heterogenität doch eines gemeinsam haben: das Versprechen, man könnte zu einer nationalstaatlich gestützten Politik sozialer Sicherung und Umverteilung zurückkehren und sich von den ökonomischen, kulturellen und politischen Imperativen der Globalisierung abkoppeln.

Beginn: 2009

Geplante Laufzeit: bis 2012

Eigenprojekt